Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsst. u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 239 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außerhalb Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Freitag, den 13 Mai 1927 — Nummer 111

Englischer Ueberfall auf ein Sowjetinstitut

Imperialistische Provokation in London

Berlin, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Meldungen englischer Blätter aus London unternahm die englische Polizei am Donnerstag abend einen Ueberfall auf die Bureauräume der allrussischen kooperativen Gesellschaft. Kriminalpolizisten drangen mit Gewalt in das Gebäude ein, während uniformierte Polizei sämtliche Ausgänge mit starkem Aufgebot besetzte. Die Kriminalpolizisten haben nach den Meldungen umfangreiche Haussuchungen vorgenommen. Ueber das Ergebnis der Haussuchung wird nichts berichtet. Der Ueberfall auf das Sowjetinstitut hat in London das größte Aufsehen erregt.

Zu dieser Meldung fehlen heute morgen noch alle näheren Einzelheiten. Eins kann aber bereits jetzt schon gesagt werden: Dieser Ueberfall auf die Londoner Sowjetinstitution ist eine unerhörte und bewußt wohlvorbereitete, provozierende Handlung der englischen Imperialisten gegen die Sowjetunion. Diese Haussuchung ist ein frecher Vorstoß der englischen Kriegstreiber, ebenso wie seinerzeit der provozierende Ueberfall auf die deutsche Handelsvertretung. Der Unterschied zwischen beiden aber liegt darin, daß in der Zwischenzeit die Einkreisungsbestrebungen und Kriegstreibereien unter Führung des englischen Imperialismus gegen die Regierung der Sowjetunion die gesamte internationale Lage ungeheuer verschärft haben. Die sowjetfeindliche Handlung der englischen Imperialisten ist ein weiteres Glied in der Kette der niederträchtigen Ueberfälle, wie sie sich in Peking, Tientsin und Schanghai bereits abgespielt haben und liegt ganz auf derselben Linie der kriegsvorbereitenden Politik Englands, die erst vor wenigen Wochen in einer offenen Drohnote gegen die Sowjetunion ihren unverhüllten Ausdruck fand. Wahrscheinlich werden die englischen Imperialisten versuchen, aus dem Ueberfall ein politisches Geschäft gegen die Sowjetunion zu machen, um mit neuen Schwindelmanövern ihre Kriegspläne gegen Sowjetrußland zu verschleiern. Diese Politik der englischen Imperialisten bedeutet die Verschärfung des Vorgehens Englands gegen den revolutionären Staat der Arbeiter und Bauern, dem Verbündeten der revolutionären Freiheitsbewegung in China, den entschiedenen Kämpfer gegen den englischen und Weltimperialismus. Der provozierende Ueberfall gilt der Sowjetunion, der Kämpferin für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten. Es ist an der Zeit, einen dringenden Alarmruf an die deutsche und internationale Arbeiterschaft ergehen zu lassen.

Der englische „Kurswechsel"

Der diplomatische Rückzug der englischen Außenpolitik in der Chinafrage hat besonders in der deutschen Sozialdemokratie neue, zum Teil überschwengliche Hoffnungen auf die Besinnung der englischen Imperialisten erweckt. Die sozialdemokratischen Zeitungen verbreiten in spaltenlangen Artikeln neue Illusionen über den „Frontwechsel" der offiziellen britischen Chinapolitik. Sie begründen den Frontwechsel richtig mit der vorläufigen Isolierung der Engländer in China, die weder Amerika noch Japan zu einer sofortigen bewaffneten Demonstration gegen Hankau gewinnen konnten, sie knüpfen aber daran gefährliche Betrachtungen über die herabgeminderte englische Gefahr für die chinesische Revolution; besonders für die deutschen Arbeiter muß aber die neue englische Linie, die übrigens, wie die letzten Monate beweisen, jeden Tag durch einen neuen offenen Vorstoß wieder abgelöst werden kann, richtig als ein neues, nicht weniger gefährliches, taktisches Manöver durchschaut werden, das auch besonders gefährliche Konsequenzen für die deutsche Außenpolitik mit sich bringen soll. Ganz so wie in Osteuropa die Engländer versuchen, das deutsche Kapital durch Beteiligung an Anleihen für die Antibolschewisten, Rumänien, in den Randstaaten usw. zum Makler gewinnen will, so soll auch in China der neudeutsche Imperialismus jetzt Verwendung finden. In der viel zu wenig beachteten Verhandlung, die der berüchtigte Hintermann des Bürgerblocks, d'Abernon, der dieser Tage eigens zu diesem Zwecke aus London nach Deutschland gekommen war, mit Stresemann hatte, wurde festgelegt, daß Deutschland nicht mehr und nicht weniger, als eine sofortige finanzielle Hilfsaktion für Tschangtsolin übernehmen soll. Die englische City bietet den Deutschen nämlich eine Beteiligung an der ostchinesischen Bahn an, die allerdings gegenwärtig noch nicht sich in den Händen Tschangtsolins, sondern noch im Besitze der Sowjetunion befindet. Durch die Provokationen von Peking, die durch den bevorstehenden Prozeß gegen die Sowjetangestellten und ihre beabsichtigte Hinrichtung abgeschlossen werden sollen, ist aber der Raub dieser Bahn schon vorbereitet. Schon hat Tschangtsolin den weißgardistischen General Horbat zum Kommissar der Bahn ernannt. Deutschland soll nun durch seine Banken eine Anleihe aufbringen, die praktisch einer sofortigen Finanzierung der Abenteuer des Banditen Tschangtsolin gleichkommt.

Nicht nur in der chinesischen Frage indirekt, auch in der Ostfrage waren die Unterhandlungen d'Abernons mit Stresemann auf das Ziel der englischen Interventionspolitik orientiert. Lord d'Abernon verlangte von Stresemann seine energische Einwirkung auf die Deutschnationalen im Kabinett, damit eine weitere Entspannung Polen gegenüber erfüllt werde; mindestens der Handelsvertrag soll noch bis zur nächsten Genfer Ratssitzung im Juni zustande kommen. Lord d'Abernon verlangte auch die Zurückstellung der Aufrollung der Frage des besetzten Gebietes und strenge Zurückhaltung in der Albanienfrage. Die Gegenleistung soll nicht nur die Unterstützung der Beteiligung Deutschlands in China sein, sondern auch weitere Zusicherungen von deutschen Lieferungen an Italien, Rumänien und von deutscher Beteiligung bei der geplanten großzügigen Elektrifizierung Englands und Schottlands. Es ist charakteristisch für die Zähigkeit der englischen Interventionspolitik, daß sie nach den Niederlagen der offenen Interventionsversuchen in den letzten Monaten jetzt ebenso fieberhaft weiter mit dem Mittel der direkten kapitalistischen Interessierung Deutschlands am Aufbau der Interventionsfront gearbeitet. Die englischen Pläne gehen jetzt insbesondere darauf aus, ein Kompromiß in der Frage der besetzten Gebiete zu verbinden mit Zugriffen an das deutsche Kapital an der Ostfront und in China, eventuell in anderen Kolonien. Die deutschnationale Fraktion des Bürgerblocks wird aber für die Konzessionen in der Räumungsfrage nur zu haben sein durch Konzessionen, die eine innenpolitische Erweiterung der deutschnationalen Machtposition bedeuten (preußisch. Regierung, Republikschutzgesetz usw.) und durch Konzessionen in Zollfragen usw., insbesondere für die agrarischen Hintermänner der deutschnationalen Parteileitung. Deshalb ist die diplomatische Kursänderung des englischen Imperialismus auch in den unmittelbaren Auswirkungen von der größten Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse.

Durchpeitschung des Antistreikgesetzes

Nachtsitzungen im englischen Unterhaus.

London, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am 11. Mai fand im Unterhaus die Debatte über die Einzelheiten der Paragraphen des Antistreikgesetzes und über die eingebrachten 300 Abänderungsanträge statt. Der wichtigste Antrag wurde von dem rechten Flügel der Konservativen eingebracht und fordert unverblümt, daß über das Verbot des General- und Sympathiestreiks hinaus der König das Recht erhalten soll, jeden Streik in jedem beliebigen Industriezweig durch eine einfache Kabinettsorder zu verbieten. Dieser Antrag ist imperialistisch für den reaktionären Geist, der die Regierungsparteien beherrscht. Die Regierung beabsichtigt, das Gesetz in kürzester Zeit durchzupeitschen und hat deswegen bereits durch einen Antrag, der im Unterhaus angenommen wurde, die für parlamentarische Debatten im allgemeinen übliche Nachtruhegrenze (11 Uhr abends) beseitigt, so daß die Möglichkeit besteht, die Debatte die ganze Nacht hindurch fortzusetzen. Ein gegen diesen Geschäftsordnungsantrag gerichteter Abänderungsantrag der Labour-Abgeordneten wurde [illegible]

Führer der Arbeiterpartei, wie Henderson, bemühen sich, nach außen hin weiter Eindruck zu erwecken, als ob sie das Gesetz mit das strikteste bekämpfen und entschieden ablehnen. In Wirklichkeit richtet sich ihre Polemik jedoch nur gegen die „Mängel und Widersprüche des Gesetzentwurfes. Aus diesem Grunde haben sie, anstatt sich mit der Opposition auf die Ablehnung des Gesetzes überhaupt zu konzentrieren, eine Menge Abänderungs- und Zusatzanträge gestellt, die das Gesetz für sie annehmbar gestalten sollen.

Nationalsozialistische Tumulte

Berlin, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die vom Grzesinski aufgelösten Nationalsozialisten denken nicht daran, das „Verbot" zu befolgen. Gestern abend kam es deshalb in Charlottenburg zu Zusammenstößen. Die Vossische Zeitung berichtet darüber, daß in den Hohenzollernsälen eine Versammlung der Nationalsozialisten hätte stattfinden sollen, die aber von der Polizei untersagt worden war. Die Nationalsozialisten drangen aber dennoch in den Saal ein, und der Hauptschuldige des nationalsozialistischen Feuerüberfalles auf die Roten Frontkämpfer in Lichterfelde-Ost, der entlaufene Fürsorgezögling Willy Schäfer, hielt von einem Tisch aus eine faschistische Brandrede. Die Polizei ließ ruhig zu, daß Schäfer die Rede beendete und räumte erst dann den Saal. Als Kriminalbeamte Schäfer, gegen den ein Haftbefehl vorliegt, auf Drängen einiger Anwesenden, die ihn erkannt hatten, verhaften wollten, leisteten die Faschisten Widerstand und drangen auf die Kriminalbeamten ein. Nachdem die Verhaftung dann dennoch durchgeführt worden war, zogen einige hundert Hakenkreuzler unter ständigen Provokationen und Anrempelungen gegen die Bevölkerung durch die Straßen Charlottenburgs, ohne daß die Polizei Miene machte, einzugreifen.

Arbeitermord durch einen Stahlhelmbanditen

Stettin, 13. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Förster Dumke, Mitglied des Stahlhelms, hat in Fürstenau bei Stettin einen Arbeiter mit einer Schrotflinte niedergeschossen. 2 Arbeiter hatten dem mit Stahlhelm und Abzeichen versehenen Förster einige Zurufe gemacht. Er holte sich daraufhin seine Schrotflinte und schoß einen Arbeiter sofort nieder, als er den beiden Arbeitern wieder drohte. Der Niedergeschossene starb im Krankenhaus Arnhemwalde.

Abrechnung mit den Kulturfeinden

Das Lustbarkeitsgesetz — ein Gesetz gegen die proletarische Jugend.

Berlin, 12. Mai.

Die Reichstagssitzung beginnt mit begeisterten Zustimmungsreden der Bürgerblockparteien zum reaktionären Lustbarkeitsgesetz. Da liest die deutschnationale Abgeordnete Frau von Sperber langhalig vom Manuskript ab, daß sie in Empörung und Entrüstung geraten sei darüber, daß jemand dieses jugendfreundliche Gesetz bekämpfen könne. Da erklärte der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Runkel, daß soziale Arbeit im Interesse der Jugend besser sei als ein Polizeigesetz und daß er von dem Gesetz zum Schutz der Jugend vor Lustbarkeiten begeistert sei. Solches konnte Herr Runkel sagen, obschon sowohl er wie andere Volksparteiler das Gesetz zum Teil für schädlich, zum Teil als Blödsinn bezeichnet hatten. Und da trat die zentrümliche Frau Weber auf, um mit hohem Pathos das Lustbarkeitsgesetz zur Annahme zu empfehlen. Den Sozialdemokraten rief diese Frau zu, dieses Gesetzgesetz diene im Interesse des Schutzes der Republik, so daß die SPD-Führer im „hohen" Reichstag ihm doch unbedingt zustimmen müßten. Die soziale Not der Arbeiterjugend zu bekämpfen, sei nicht so wichtig; es gelte vielmehr die Sitte und Moral der gefährdeten Jugend zu retten.

Darauf erhält für die Kommunistische Partei das Wort Genosse Rosenbaum und erklärte:

Es ist bezeichnend, daß die Volkspartei sich gestern gegen die kommunistische Obstruktion so sehr gewehrt hat. Heute begrüßt der Redner der Volkspartei mit den deutschnationalen und zentrümlichen Rednerinnen dieses Zensurgesetz. Derselbe volksparteiliche Redner und seine Fraktionskollegen haben im Ausschuß und auch nachher das Lustbarkeitsgesetz für absolut überflüssig und schädlich, sogar für blödsinnig erklärt. Selbst rechtsstehende bürgerliche Zeitung wie die Kölnische Zeitung, behaupten, daß das Lustbarkeitsgesetz eine Kulturschande sei. In solchen Zeitungen kann man lesen, daß der Reichstag dieses Zensurgesetz nur geschaffen habe, weil er unfähig sei, die sozialen Probleme zu lösen.

Wir Kommunisten sehen den Grund für die Gefährdung der Jugend in der elenden sozialen Lage der Arbeiterklasse, in den unerhörten Wohnungsverhältnissen. Will man diese sittlichen Gefahren beseitigen, dann muß man den Kampf gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft aufnehmen.

Der sozialdemokratische Redner hat gestern auch die Wohnungsnot als ein Gefahrenmoment für die Jugend bezeichnet. Wenn die sozialdemokratischen Führer das wissen, ist es ein doppelter Skandal, daß auch die Regierungen, die mit Sozialdemokraten besetzt sind, keine entscheidenden Maßnahmen ergreifen. Gerade die preußische Regierung vergrößert durch ihre Hirtiefer-Verordnung die Wohnungsnot, statt sie zu verkleinern. Das beweist, daß die sozialdemokratischen Reden im Reichstag auch nur dem Zweck der Täuschung der Arbeitermassen dienen.

Wo auch immer in Deutschland der Kampf um kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse geführt wird, schreitet die Staatsgewalt mit ihren Polizeimethoden ein. In Bayern ist der Jungspartakusbund, jene kulturell hochstehende Organisation der proletarischen Kinder, verboten, auf Grund des — Zigeunergesetzes! Man begründet dieses seltsame Verbot damit, daß die Jugend vor den herumziehenden Zigeunern geschützt werden müsse. Der Kommunistische Jugendverband ist für Bayern genau so unterdrückt wie die Kommunistische Partei. Weder Versammlungen, noch Ausmärsche, noch Spaziergänge der Kommunistischen Jugend sind geduldet. Bei Strafe der Verbotung und monatelangen Inhaftierungen. Das Organ der kommunistischen Jugendorganisation, die Junge Garde, wird durch die bayerische Polizei fast ständig verfolgt und die Verbreiter inhaftiert. Ja man ist sogar soweit gegangen, den Jugendlichen zu verbieten, Mitglied von Arbeitersportvereinen zu sein, weil nur die bürgerlichen Sportorganisationen zur kulturellen Erziehung der Jugend beitrügen.

Der Bürgerblock aber wagt es, nach wie vor angesichts solcher Tatsachen vom „Schutz der Jugend" zu sprechen.

In Thüringen ist die Organisation der Arbeiterkinder, der Jungspartakusbund, ebenfalls verboten. In Württemberg verfolgen die Bolz und Bazille ständig den Kommunistischen Jugendverband. Dort ist es sogar den Fortbildungsschülern verboten, Mitglied proletarischer Organisationen zu sein.

In Berlin hat man die Fahrpreisermäßigung für Mitglieder des KJV, die sie zu Wanderungszwecken bisher in Höhe von 50 Prozent erhalten haben, verweigert. Der Oberpräsident hat dieses erst am 21. März auf Grund einer Verordnung des Innenministers Keudell angeordnet. Die Polizei, die vom Polizeipräsidenten Zörgiebel zum Schutz des „Stahlhelms" vor dem Zorn der Arbeitermassen am vergangenen Sonntag so scharf eingegriffen hat, verbietet fünf proletarische Jugendveranstaltungen, die mit der Tagesordnung: Hamburg-Schanghai vom 8. bis 17. April stattfinden sollten. Der an den Haaren herangezogene Grund ist der § 32 der — Gewerbeordnung. Entziehung von Schulräumen zu Kulturabenden auf Grund einer Verfügung des Provinzialschulkollegiums vom 17. Juli ist ein weiteres kapitalistisches Erziehungsmittel für die Jugend.

Diese Kostproben kapitalistischer Jugendfürsorge beweisen eindeutig, daß es dem Bürgerblock und seiner Regierungen gar nicht darauf ankommt, die Jugend „vor Gefahren zu bewahren".

Selbst die Kölnische Zeitung muß zugeben, daß der Wortlaut des Lustbarkeitsgesetzes sich auch gegen Erwachsene wendet und „aus ganz Deutschland eine Kinderstube" machen will. Die Regierung hat im Ausschuß erklärt, daß unter di